

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

269 (18.11.1919)

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt 1.60 M., durch unsere Träger zugehellt 1.70 M., am Postkasseler 1.75 M., durch den Postboten zugehellt 1.90 M. monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag.

Ausgabe: Wertag mittags; Gehaltszettel: 12-14 und 2-14 Uhr abends. Fernspr.: Nr. 128. Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Typsetz. Kolonietexte od. deren Raum 80 S., Reklamen 1.—M. zuzüglich 80 % Feuerungszuschlag; Lokalanzeigen billiger. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmeschluss 1/29 vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor.

### Scheidemanns Kampf gegen die Reaktion und Aufruf für das Proletariat.

Im „Vorwärts“ wendet sich Scheidemann mit größter Schärfe gegen die reaktionären Treiber, und appelliert gleichzeitig an die Arbeiter zur Einigung. Er schreibt:

Ich will keinen Fehl daraus machen, daß ich, und ich glaube mit mir die übergroße Anzahl der Parteigenossen, nicht gesonnen bin, diese Entwicklung ruhig mit anzusehen. Von heute ab darf kein Atom ihrer Kraft dem Kampf nach rechts verloren gehen. Noch nie in der Weltgeschichte hat eine mit der ungeheuersten Schuld an Reichsvertrümmerung und Volksverelendung beladene Kaste mit solcher Frechheit ihre Verbrechen geleugnet und sie anderen anzudichten versucht. Die Niederlage versucht sie in den Hintergrund zu schieben, die viermal 365 Tage des Kriegswahnsinn will sie in Vergessenheit bringen, um den einen Tag der Abrechnung, den 9. November, als die Quelle allen Glends hinzustellen. Diese Geschichtslüge größten Stiles zu tüten ist die Aufgabe des demokratischen Deutschland. Hier gibt es kein Partieren. Die zwei Fronten sind so klar wie mit dem Lineal gezogen, und wer versucht, sich zwischen ihnen herumzutreiben, aus Angst vor der Entschliebung oder aus angeborener Vermittler- und Kompromißneigung, der wird zu allererst zerrieben werden. Das mag sich vor allem das sogenannte liberale Bürgertum gesagt sein lassen, aber auch all die anderen, die unter dem Einfluß ihrer Umgebung die gesunde Farbe der Entschliebung nicht ausbringen vermögen. Wer nicht für mich ist, der ist wider mich! Das muß für uns in dem Kampf gelten, der jetzt angeht und in dem es sich um Leben und Tod der Demokratie handelt.

Und nun noch, vor diesem Endkampfe, ein Wort an das Proletariat! Man soll auch von seinen Feinden lernen. In der ultranationalistischen „Deutschen Zeitung“ steht unter der Überschrift „Der nationale Gedanke lebt“, nachdem gesagt ist, daß Herr Scheidemann mit heiligem Bemühen eine sozialistische Einheitsfront zu schaffen beabsichtigt, folgender Satz: „Nur die, die noch einmal der Zauber einer geeinigten sozialistischen Partei die wankende Schlaackfront zum Stehen bringt; es ist die letzte Karte, die der Sozialismus auszuspielen hat. Versteht auch die, so hat die Sozialdemokratie abgewirtschaftet.“ Wollen wir uns von unseren Feinden an die Einsicht überlassen lassen? Wollen wir, daß die Sozialdemokratie, daß der sozialistische Gedanke abwirtschaftet? Ist nicht in uns allen, soweit wir keiner Konjunktur nachgelaufen, sondern mit ganzem Herzen einer Weltanschauung gefolgt sind, der Zauber lebendig, der von dem Gedanken des einigen Proletariats ausgeht?

Genossen! Der Feind steht rechts. Aber nicht Gewehr bei Fuß, nicht uncinig in sich, sondern mit dem alten rücksichtslosen Machtwort zur Minderheitsherrschaft und zur Volksknechtung. Wann werden die Wortführer des Proletariats einsehen, daß der Wille zur Macht und zur Einigkeit ihre höchste Verpflichtung gegenüber den Massen ist?

### Der „Vorwärts“ über die reaktionären Treiber.

Berlin. Im „Vorwärts“ wird geschrieben: Die ungewisselhaftige Erklärung der nationalistisch-monarchistischen Reaktion ist die logische Folge der Behandlung, die das besiegte Deutschland durch die Entente erfährt. Die Keulenschläge von Versailles, die Kapitulation und Kapitulation, die immer wieder erneuten Drohungen und Strafmaßnahmen, die Nabelstiche ohne Zahl, die uns versetzt werden, müssen dieser Agitation Vorschub leisten. Andererseits ist es, die Frankreichs Furcht vor einem deutschen Nachkriegsfeind und dadurch zu immer neuen Maßnahmen führt. Die Vorgänge der letzten Tage haben den Einigungsbefürwortungen in der Sozialdemokratie einen starken Antrieb gegeben.

### Die „Frankfurter Zeitung“ über den reaktionären Vorschlag im Untersuchungsausschuss.

Das demokratische Blatt urteilt über die Vorgänge im Untersuchungsausschuss: Was Herr Dr. Helfferich gestern (Freitag) begonnen hat, hat er heute fortgesetzt und nach seiner Auffassung wohl auch vollendet. Als Held oder auch als Märtyrer wollte er vor dem Ausschuss und vor dem deutschen Volke erscheinen und deshalb probierte er einen Versuch, ob er gezwungen sei, dem unabhängigen Dr. Cohn Rede und Antwort zu stehen. Bis dahin war sicherlich alles gut überlegt und ausgedacht. Herr Helfferich hat von dem Ausschuss die gewünschte Antwort erhalten.

Das hatte Herr Dr. Helfferich wohl nicht erwartet. Von diesem Augenblicke an wurde sein sonst so selbstbewusstes — man kann ruhig sagen — provozierendes Auftreten unsicher. Er sprang wiederholt von seinem Platze auf, gestikulerte mit den Händen und drohte während der Rechtfertigungsrede des Herrn Dr. Cohn gegenüber der von ihm wiederholten Behauptung, die Unabhängigen, ganz besonders Herr Dr. Cohn, hätten mit russischen Geldern die deutsche Revolution gemacht, mit dem Verlassen des Saales. Helfferich raffte seine Papiere zusammen, entfernte sich einige Schritte vom Zeugnissitz und dann — verlor er die Courage.

Der heutige Vorkall ist ein deutscher Beweis dafür, wie Her sich die Deutschnationalen zu fühlen beginnen, wie zielbewußt sie eine Gewaltprobe suchen, ohne sich dabei irgendwelche Gedanken zu machen, daß sie das deutsche Volk damit immer tiefer in die Katastrophe hineinrücken.

### Eine neue Demonstration von Truppen vor Hindenburg.

Berlin, 17. Nov. Heute vormittag erschien kurz vor 11 Uhr eine Ehrenkompanie des Freiwilligen-Korps Lügow, feldmarschmäßig ausgerüstet vor der Villa des früheren Staatssekretärs Dr. Helfferich und nahm in zwei Reihen Aufstellung. Auf die Meldung des Führers der Kompanie trat Feldmarschall von Hindenburg mit entsetztem Haupte heraus und schritt die Front der Ehrenkompanie ab, die darauf mit klingendem Spiel im Paradezug an Feldmarschall von Hindenburg vorüber zog. Nach Erklärung von zuständiger Seite sei anzunehmen, daß es sich hier um ehemalige Angehörige des Freiwilligenkorps Lügow, das nicht mehr besteht, handelt. Die Polizeibeamten hinderten den Anmarsch der Kompanie nicht, da sie glaubten, es handle sich um einen offiziellen Akt.

### Vom deutschen Verkehrsleiden.

Berlin, 18. Nov. Das Reichsverkehrsministerium teilt mit: Die Ungunst der Witterung beeinträchtigt in immer größerem Maße den Eisenbahnverkehr und droht die Besserung, die in den letzten beiden Wochen in der Kohlenabfuhr aus den großen Revieren an der Ruhr, in Oberschlesien eingetreten war, zunichte zu machen. Die starken Niederschläge, die durch die Witterung im ganzen Eisenbahnbetrieb entstanden sind, und die überall aufgetretenen großen Frostspätungen haben auch eine erhebliche Verlangsamung des Umlaufens der beladenen Kohlenwagen zur Folge, sodaß die bessere Verladung in den letzten beiden Wochen sich in den Empfangsgebieten nicht so schnell bemerkbar machen kann.

### Die Kämpfe im Baltikum.

Berlin, 17. Nov. Wie zuverlässig verlautet, gehen die westrussischen Truppen vor dem Angriff der lettischen Armee auf Mitau zurück. Der westrussische Zentralrat und das Vermittlungsbüro treffen Vorbereitungen zur Räumung Mitaus und zur Ueberbedelung nach Schaulen in Litauen. Nach lettischen Mitteilungen haben die gegen Vermondt kämpfenden lettischen Truppen die kurländische Ia bis Biederlinghof überschritten und Dabel besetzt. In der Nacht zum 11. November gingen die Letten über die Dina und nahmen die Vorstädte von Riga auf dem linken Dünaufer. Der lettische Volksrat veranstaltete aus Anlaß der Befreiung Rigas von Vermondschen Truppen eine Feierng. Die Vertreter der englischen, französischen und amerikanischen Missionen übermittelten dem lettischen Ministerpräsidenten ihre Glückwünsche. In der Nordwestfront greifen die Bolschewisten anbauern Kräfte an. Sie erobern Hamburg. Judenisch ging über den Anmarsch unter Sprengung der Brücken zurück. Damit ist die weiße Armee offenbar bereits über ihre äußere Stellung vor der Offenbrücke gegen Petersburg zurückgeworfen worden.

### Von den Wahlen in Belgien.

Brüssel, 17. Nov. Gabels. In offiziellen Kreisen wird behauptet, daß die Katholiken am gestrigen Wahlsonntag etwa 15 Sitze, die Liberalen 7 oder 8 Sitze an die Sozialisten eingebracht haben. Die Zahl der Sitze der Katholiken ging darnach von 89 auf 84 herab. Immerhin würde die Rechte die bedeutendste Gruppe des Parlamentes bleiben. In Gent haben die Liberalen einen Sitz zugunsten der Sozialisten, die Katholiken einen zugunsten der Frontpartei verloren. Besonders große Gewinne können die Sozialisten in Lüttich buchen. Der Rückgang der katholischen Stimmengahl zugunsten der Sozialisten tritt insbesondere in Flandern in die Erscheinung. Auch die Liberalen verlieren in Flandern einige Sitze, die sie aber in vergrößerten benachbarten Wahlkreisen wieder einzuholen hoffen. Nach den letzten Mutmaßungen würden die Sozialisten 29 Sitze gewinnen, davon zwei in Charleroi, je einen in Mons, Roubaix und Courtrai.

### Die Wahlen in Frankreich.

Paris, 17. Nov. Nach den in den Mittern bekannt gegebenen Wahlergebnissen entfielen im 2. Seinerbezirk 22734 Stimmen auf die Liste der Union Republicaine nationale et sociale, auf welcher Mittern steht, 10678 auf die Liste der unifizierten Sozialisten und 3691 auf die Liste des republikanischen Blocks der Linken. Im vierten Seinerbezirk steht die Liste der Union Republicaine an der Spitze mit 1315725 Stimmen, während die Liste der Sozialisten, auf welcher Rouquet steht, 889900 Stimmen auf sich vereinigte. Im Rhonedepartement wurden für die Liste der Union et Comitee Republicaine du Rhone 397341 Stimmen abgegeben bei 150018 Stimmen für die radikale und radikal-sozialistische Liste, zu welcher Perriot zählt, und 10578 Stimmen für die Liste der Federation Socialiste, auf welcher Gollard und Augagneur stehen. Im Departement Loire-Inferieure steht die Union Republicaine an der Spitze. Briand und Schille sind gewählt. In Constantine (Algier) sind die Kandidaten der Union Republicaine gewählt.

### Die Wahlen in Italien.

Mailand, 18. Nov. Wie die Blätter vernehmen, ist der Wahlkampf in ganz Italien ruhig verlaufen. Die „Tribuna“ will aus der schwachen Wahlbeteiligung auf eine Verstärkung der Katholiken schließen. Die National-Sozialisten in Rom werden in der Minderheit sein und die Liste der Kriegsteilnehmer soll ein gewisser Vorrang gegenüber den Sozialisten erreicht haben. Nach Meldungen des „Corriere della Sera“ war die Wahlbeteiligung im übrigen Italien schwach bis normal. Die stärkste Beteiligung wiesen die Katholiken und die Sozialisten auf.

### Am Abgrund vorbei!

Von Nikol. Osterroth, M. d. R.

Deutschland ist durch die Verwüstungen des Krieges lutar geworden. Seine Verschuldung, die 200 Milliarden Mark übersteigt, ist fürchterlich. Getagt kann sie nur werden aus den Resultaten unserer Arbeit. Wir sind arm geworden an Rohstoffen aller Art, die zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft nötig sind. Unsere Industrie ist gelähmt durch Mangel an Kohlen, Eisen, Stahl, Baumaterialien, Leder, Textilstoffen usw. Unsere Transportmittel sind teils verloren, teils verlottert. Unser Geld ist entwertet bis auf den fünften Teil seines Friedenswertes. Die Menschen sind feilisch und körperlich zusammen gebrochen durch vierjährigen Hunger und fünfjähriges Kriegselend. Der Hunger geht noch durchs Land, weil die deutsche Landwirtschaft nur zwei Drittel unserer Volksmasse zu ernähren vermag, weil sie obenrein aus Mangel an Arbeitskräften, Düngstoffen und Maschinen in ihrer Erzeugungsfähigkeit gebremst ist. Die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen gestaltet sich außerordentlich schwierig und teuer, weil der vierjährige Krieg in der ganzen Welt verheerend gewirkt hat, Millionen von Arbeiterhänden zum Feiernzwang und dadurch die Erzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen unterbunden und den Weltmarktpreis emporgeschmetzt hat. Was wir dennoch einführen können, wird für uns durch die Entwertung des deutschen Geldes um das vier- bis fünffache verteuert über den Weltmarktpreis hinaus, wenn wir statt mit deutschen Rohstoffen und industriellen Erzeugnissen mit Geld, das heißt mit einem Kredit auf zukünftig zu leistende Arbeit zahlen müssen.

Wir müssen aber dauernd Lebensmittel für mindestens 20 bis 25 Millionen Menschen einführen. Andersfalls gehen wir langsam dem Hungertod entgegen. Wollen wir aber zu erträglichen Bedingungen Lebensmittel einführen, so müssen wir unsere eigenen und die erreichbaren Rohstoffe der übrigen Welt verarbeiten, um vollwertige Zahlungsmittel für die eingeführten Waren zu bekommen. Ein anderes Mittel zur Gesundung, zur Hebung unseres Geldwertes und der Steigerung der Kaufkraft des Geldes gibt es nicht. Keine Kolonialerwerbungen, wenn die Geldentwertung weiter vor sich geht, wenn die Kaufkraft des Lohnes dauernd sinkt.

Der Wiederaufbau unserer Wirtschaft hat zur Voraussetzung, daß wir die nötigen Rohstoffe, vor allem Kohle und Eisen haben und dazu die nötigen Menschen, die die Rohstoffe gewinnen und verarbeiten. Die letzteren haben wir; sie werden mit der besseren Ernährung körperlich und moralisch auch soweit gesund, daß sie ihre Rolle im Produktionsprozeß wieder vollwertig spielen können. Mit den Rohstoffen sieht es böser aus. Der Krieg hat die Ergiebigkeit unserer Kohlenfelder zum Teil vernichtet. Die Betriebe fielen der technischen Verlotterung anheim infolge des Mangels an Arbeitskräften, deren Leistungsfähigkeit auch zurückging durch die Wirkung des Hungers. Mit Vorkommen und dem Saargebiet gingen uns 17 Millionen Tonnen Steinkohlen und 14 Millionen Tonnen Roheisen verloren. Das oberstelektische Kohlenbecken mit einer Friedensförderung von 48 Millionen Tonnen Steinkohlen und ungeheuren Zinnmengen kann uns noch verloren gehen, wenn nicht alle in Oberschlesien geborenen Deutsche, die größtenteils dort ausgewandert sind, bei der demnächstigen Volksabstimmung ihre Seudigkeit tun und wenn nicht die gemischtsprachige Arbeiterbevölkerung durch eine entschlossene Sozialpolitik interessiert wird für einen Verbleib bei Deutschland. Zu diesen bereits eingetretenen oder drohenden Verlusten an Kohlen, anderen Rohstoffen und Menschen kommen 21 Millionen Tonnen Zwangsablieferungen an Steinkohlen an die Ententeländer, so daß unsere Kohlen- und Eisengewinnung auf das schwerste unterbunden ist.

Was uns bleibt, ist nicht ausreichend um die Existenz von 60 Millionen Menschen sicher zu stellen. Wir gewannen im letzten Friedensjahr 191 Millionen Tonnen Steinkohle und führten dazu 11 Mill. Tonnen ein. Wir verarbeiteten in Deutschland einschließlich der Hausbrandversorgung 157 Millionen Tonnen Steinkohle, so daß nur noch die überschüssigen 45 Mill. Tonnen ausführen konnten. Jetzt aber haben wir eine ganz erschreckende Kohlennot.

In der Kohlenfrage liegt also die Gefahr für unser Volksleben. Hier liegt das Kernproblem des wirtschaftlichen Emporkommens, Aufbau, Ausfuhr, Valuta, Hausbrand und Volksernährung — alles hängt davon ab, ob wir genügend Kohlen haben werden.

Damit wird der Steinkohlenbergbau in den Mittelpunkt unseres wirtschaftlichen Denkens und unserer sozialen Fürsorge gerückt. Der Bergbau wird damit zum Sockel unseres wirtschaftlichen Seins. Der unscheinbare und oft mißachtete Bergmann wird zum Pfosten unserer Zukunft. Von seinem Arbeitswillen, seinem sozialen Pflichtbewußtsein, von seiner Leistung hängt es ab, ob in Deutschland künftig 20 Millionen Menschen leben können, oder ob Verelendung, Verarmung, Auswanderung das Los eines großen Teiles des deutschen Volkes wird.

So düster die Gegenwart ist, so wenig brauchen wir an der Zukunft zu verzweifeln. Denn wir haben die Elemente, die zum Wiederaufbau nötig sind: Menschen und Rohstoffquellen. Die Menschen müssen wir für den Aufbau interessieren, die Rohstoffquellen, die uns verblieben sind, müssen wir in bestmöglicher Tempo erschließen und ergiebiger gestalten.

Wir brauchen mehr Arbeitskräfte im Bergbau vor allem im Steinkohlenbergbau. Allein dem Steinkohlenbergbau müssen wir 150 000 Arbeiter zuführen, wenn wir die Kohlenförderung

Small text in the left margin, partially cut off.

heigern wollen, daß wir ausreichend Kohlen haben. Um das zu ermöglichen brauchen wir

100 000 Bergarbeiterheimstätten, die mehr sein müssen als ein Kolbsehl: es müssen menschenwürdige Wohnungen sein, die dem Bergmann auch ein Stück Lebensfreude ermöglichen. In seiner Beschäftigung muß der Bergarbeiter völlig unabhängig sein von den Launen des Arbeitgebers und seiner Angehörigen.

Freilich geht das ohne große Aufwendungen der Allgemeinheit nicht ab. 100 000 Bergarbeiterhäuser werden drei Milliarden Mark kosten. Aber der Förderwert von 150 000 Bergarbeitern repräsentiert heute pro Jahr fast allein schon diese Aufwendung. Es gibt kaum eine Kapitalanlage, die gewinnbringender angelegt werden könnte. 150 000 Arbeiter, die wir durch Schaffung von menschenwürdigen Wohnungen dem Bergbau zuführen, bedeuten eine Steigerung unserer Steuereinnahmen um ca. 30 Millionen Tonnen. 30 Millionen Steinkohle mehr aber bedeuten das Ende unseres Kohlenmangels und die Befundung unserer Wirtschaftslage, bedeuten ausreichende Auszubildung, Steigerung der Saluta und der Kaufkraft des Geldes, bedeuten die unsere Verschuldung kein würgendes Gepeinicht mehr ist, bedeuten Arbeitslosigkeit für Millionen, dreißig Millionen Tonnen Steinkohle mehr sichern unsere Lebensfähigkeit und unsere wirtschaftliche Zukunft.

Den Radikalen ins Stammbuch.

Frans Mehring schreibt in seinem Buche über Karl Marx Seite 88:

„Es gibt im öffentlichen Leben nicht leicht ärgere Jesuiten, als die beschränkten und buchstabengläubigen Radikalen, die im fadensteigenen Mantel ihrer Tugendhaftigkeit vor keinen Verdächtigungen der feineren und freieren Geister zurückweichen, denen es gegeben ist, die tieferen Zusammenhänge des geschichtlichen Lebens zu erkennen. Marx hat es immer mit diesen gehalten, niemals mit jenen, zumal da er die tugendhafte Klasse aus eigener Erfahrung gründlich kannte.“

Der alte Mehring hat mit seinem Buche dadurch eine Waise hinterlassen, indem er es und damit auch die übrigen Seiten — Frau Klara Zetkin gewidmet hat.

Teuerung und Löhne.

Von Dr. R. Kuczynski.

Die Kosten der Lebenshaltung sind infolge der Preissteigerungen für Brot und Zucker abermals gestiegen. In Groß-Berlin kostet jetzt Brot 3mal soviel wie vor dem Kriege, Milch 5mal soviel, Butter und Zucker 5 mal soviel, Kartoffeln 6mal soviel, Margarine 7mal soviel. Bei den meisten Waren, die dem freien Handel überlassen sind, ist die Preissteigerung noch größer. Eier z. B. sind 20mal so teuer als vor dem Kriege. Das gleiche gilt für Butter im Scheidehandel. Beschränkt man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im ganzen eine Verteuerung auf annähernd das Fünffache. In den zwei Wochen vom 27. Oktober bis zum 9. November wurden an die Bevölkerung verteilt:

Table with 3 columns: Item, Preis jetzt, Preis Nov. 1918. Includes items like 4000 Gr. Brot, 700 Gr. Meingebäd, 500 Gr. Weizenmehl, etc.

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 19,21 Mark zahlen muß, konnte man vor 6 Jahren für 3,97 Mark kaufen. Leider beschränkt sich die Preissteigerung nicht auf die Ernährung. Sie ist mindestens ebenso groß für Kleidung, Beleuchtung und Heizung. Die einzige wichtige Ausgabe, die nicht sehr höher geworden ist, ist die Miete, und diese schafft in der Tat einen kleinen Ausgleich.

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

„Ach danke Ihnen, gnädige Frau,“ sagte Helene und erob sich. Sie war wie erstarrt — also das wars? Es war hart für Hanns-Martin, sehr hart, so verkannt zu werden — aber das war doch zu verwunden! Wenn es weiter nichts war? Gott sei gepriesen!

Ganz anders, als sie aus dem Wagen gestiegen war, stieg sie nun wieder in ihn ein. „Gottlob,“ sagte sie laut, als sie zum Postor hinüber war. Sie hieß den Kutscher recht schnell fahren. Es drängte sie jetzt so unbeschreiblich von hier fort, wie es sie vorher hergedrängt hatte.

Und der Kutscher brauchte die Reitsche und schmalzte mit der Fyng. Und der Wager flog hin und her den blühenden Akazien deren duftende Zweigen jetzt ein Abendwindchen schüttelte, und flog weiter durch die blühenden Alee- und Birnensfelder, vorbei an nannshohem Nagn. Schnell, recht schnell auf den Nya Ger. Und den Nya Ger. wach die Abendsonne einen Strahlenflimmer, und der Stamm der einamen Kiefer glänzte wie Blut.

Nun würde sie bald zu ihrem Mann kommen! Und so ganz anders, als sie ihn verlassen hatte! Fort war das Jagen, die ahnungs schwere Furcht; jetzt war sie voll Sicherheit und Entschlossenheit, voll festen Mutes, jetzt mußte sie ja, was man gegen ihn hatte. „Mein lieber Mann,“ würde sie zu ihm sagen, „was die Leute reden, ist das wohl wert, daß du darum so verdüsterst? Was tust, wenn keiner dich versteht, keiner dich so liebt, wie du bist, unsere Söhne — jetzt sind sie noch Kinder, aber sie werden aufwachen — werden dich begreifen und dir danken ihr Lebenlang. Denn deine Auslaat wird ihre Ernte sein. Du kannst dich doch freuen. Hanns-Martin, freue dich!“

Mit einem fast heiteren Lächeln auf dem ernstesten Gesicht blickte Helene von Doltschal dem Nya Ger. an.

Oben auf dem Nya Ger. im Schöß der Meinen Maronka. Laa mit aerichmetertem Haupt der Deutschauer

Es hieß den Tatsachen Gewalt antun, wollte man behaupten, auch das Einkommen der Angestellten und Arbeiter sei auf das Fünft- bis Sechsfache gestiegen. Man würde sogar schon zu günstig rechnen, wenn man im Durchschnitt eine Verdoppelung annehmen wollte. Der Reallohn ist also heute viel niedriger als vor dem Kriege. Man wird den Rückgang auf mindestens ein Drittel schätzen müssen. Man würde sich aber täuschen, wenn man glaubte, durch eine entsprechende Erhöhung der Geldlöhne wieder den alten Reallohn erreichen zu können. Denn eine solche allgemeine Erhöhung der Geldlöhne würde die Teuerung noch mehr verschärfen, weil dadurch die Kaufkraft der Massen gesteigert würde, weil dadurch die vorhandenen Warenmengen vermehrt würden, und weil die Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden dadurch gesteigert und somit die schwebenden öffentlichen Schulden, deren dauernde Zunahme der Hauptgrund für das Sinken des Geldwertes ist, noch weiter vermehrt würden. Nach Lage der Dinge erscheint es zurzeit unmöglich, die Angestellten und Arbeiter wieder in den Genuß ihres alten Reallohnes zu versetzen. Das kann nur geschehen, wenn unsere öffentlichen Finanzen durch Abbildung der schwebenden Schulden mittels einer wirklich einmaligen großen Vermögensabgabe und durch Anpassung der Einnahmen an die Ausgaben saniert werden.

Badische Politik.

Waldmichel-Senf.

Zu den von unserer Partei veranstalteten Revolutionsfeiern glaube auch das Baden-Badener Zentrumsblatt „Badische Volkszeitung“ seinen Senf geben zu müssen; in einem Leitartikel reißt das Blatt in der unerhörtesten Weise unsere Partei und die Revolution herunter. „Man wird feststellen,“ sagt die „Badische Volkszeitung“, „daß die Revolution ein Scheitern ist, ein Scheitern, das sich nicht wiederholen darf.“

„So glaubte die „Badische Volkszeitung“ unsere Revolutionsfeiern lächerlich machen zu können, indem sie ihr den Stempel eines gewöhnlichen Gesellschaftsabendzuges aufdrückte. Das Blatt nimmt auch an dem anschließenden Langparaden Anstoß. Der Verlauf unserer Feiern wird aber, trotzdem da und dort für die Jugend ein Tanz folgte, der „Badische Volkszeitung“ gezeigt haben, daß Sozialdemokraten in erster Zeit ernste Gedanktage zu feiern wissen. Über glaubt die „Badische Volkszeitung“, daß die Arbeiterjugend nicht auch ein Recht hat, einmal sich jung zu fühlen? Soll dieses Recht nur immer denjenigen zustehen, die wie in Baden-Baden sich von den Strapazen ihrer Bücher- und Schiebergeschäfte „erholen“ und Tag für Tag, oder besser gesagt, Nacht für Nacht, in den verschiedensten Hotels Tanzabende veranstaltet haben? Diese Tatsache weiß die „Badische Volkszeitung“ so gut wie wir, aber daß sie dagegen schon einmal „geleitartelt“ hat, ist uns nicht bekannt. Und wenn sie gar glaubt, bei dieser Gelegenheit dem Genossen Weismann, der sich schon in einem halben Ministerstuhl wagt, vorwerfen zu müssen, daß er in einer im Vorjahre gehaltenen Rede wohl billige Lebensmittel, billige Kohlen und alles Schöne und Gute prophezeit, aber wenig gehalten habe, so ist damit eben bewiesen, daß die „Badische Volkszeitung“ ihren Leitartikel nur hat schreiben lassen, um die Sozialdemokratie zu verächtlichen und für ihre Auftraggeber im Trüben zu fischen. Ob uns das von ihr empfohlene Veten andere wirtschaftliche Zustände bringt, bezweifeln wir sehr stark, denn wenn dieses ein Mittelmittel gegen die heutigen Zustände sein soll, warum hat es nichts genützt, uns von dem Urheber dieser Zustände, dem Krieg, zu verschonen? Und daß während und zu Beginn des Krieges viel gebetet wurde, wird auch wohl die „Badische Volkszeitung“ nicht bestreiten wollen. Uns steht Religion und Gebet viel zu hoch, um sie in diesem Zusammenhang, wie die „Badische Volkszeitung“, zu profanieren. Es ist eine bewußte Verfälschung, wenn die „Badische Volkszeitung“ die Revolution für die heutigen Zustände verantwortlich macht. Verantwortlich dafür sind einzig und allein die Anführer des Krieges, an ihrer Spitze das ganze monarchistische Gottesgnadentum. Der Krieg hat uns das Verantwortungsgesühl des einzelnen Individuums ertaubt und nur der Krieg ist schuld, daß wir heute vor einem Nichts stehen. Als die Revolution ausbrach, war das deutsche Volk von seinen Feindern ausgehoben bis auf die Fingerringe. Und wäre die Sozialdemokratie nicht gewesen, das Zentrum und auch die bürgerlichen Parteien hätten das deutsche Volk nicht von seinen Feindern befreit. Wir haben das feste Vertrauen zu unserm Volk, daß es sich von seinen Feindern wieder erholen wird, alle Anzeichen sind dafür vorhanden; aber man rufe nicht nur immer dem arbeitenden Volke zu „Arbeitslos“, sondern man richte diese Mahnung insbesondere auch an die Feinde, die jetzt und nie gearbeitet haben! Arbeitspflicht für alle, dann wird auch die Revolution fruchtbar sein.

Herr. Das rote Blut des Abends, das am Stamm der einamen Kiefer niedertröpf, mischte sich mit dem roten Menschenblut. Hinter stand der alte Schäfer dabei, hochtragend, sehnig und hager, auf seinen Stab gestützt. Lang fiel ihm das Haar auf den fridagereitelen Schopel; er hatte das Haupt entblößt im Anschlag des Todes, frei spielte der Wind mit seinen weihen, vom Weiler süßfarbigen Ströhnen. Sie hatte ihre Herden geweidet, die Schafe und die Gämie, unter am Nya Ger. und der schlafende Berg und die Stille rundum waren plötzlich erschüttert worden von einem schorren Knall. Da waren sie neugierig herangeeilt, der alte Dudel und die kleine Maronka, und sie hatten den Niemezger gefunden. Zwischen den Wurzeln der Kiefer lag die Pistole, aus der er sich die Kugel in die Schläfe gejagt; er selber war zusammengeunken am Fuß des einamen Baumes. Vorsichtig hob Maronka das verwundete Haupt; sie trug keine Scheu und bettete den Sterbenden auf ihren Kumpenrod. Der Herr von Deutschau sah nicht mehr, sein Auge war schon gebrochen; er sah nichts mehr von dem weiten Land über das er so oft geschaut hatte, sehnlich, traurig, verzagend und doch immer der Liebe voll. Unabsehbar breiteten sich die Kluren, golden bis zum fernsten Horizont, verflärt vom Abendlicht und still im Scheiden des Tages. Nur aus dem Turm von Pocielja-Dorf rief laut die eberne Zunge der Glocke. Schäfer Dudel bekreuzte sich und hob dann freierlich seinen Stab mit der Eien Spitze wie beschwörend: „Heinde Polens müssen alle verderben. Dieser starb und andere werden folgen ihm. Jahre sind gekommen und gegangen, wir haben Sommer und Winter geahlet, immer in Trauer, immer in Sehnen, immer in Hoffen — aber jetzt hat Polen genug geschlafen, jetzt steht es auf!“ Wie entrückt breitete der Alte seine Arme weit — den Tod lieh er fallen — das Gesicht gegen die sinkende Sonne gefehrt, rief er laut: „Sie ist geunken, aber morgen steigt sie neu! Polen, mein Polen, so stehest auch du

Die erzreaktionäre „Süddeutsche Zeitung“ polemisiert in einem langen Artikel gegen den „Volksfreund“, weil wir die Wahlvorbereitungen der Deutsch-Nationalen scharf kritisch behandelt haben. Es ist uns angenehm, daß das süddeutsche Reaktionsorgan am „Volksfreund“ so wenig Gefallen findet. Es kann zwischen uns auch nichts anderes als rüchichtslosen Kampf geben. Und daran werden wir festhalten und hoffen, den Verger der Reaktionäre über den „Volksfreund“ noch erheblich steigern zu können.

Die Schraube bewegt sich. Das Ministerium des Innern hat auf Antrag des Landesmilchsausschusses die Preiszuschläge an Gemeinden für gute Milchlieferungen auf 8, 11 und 14 % für je einen Liter erhöht und bestimmt, daß künftig diejenigen Kuhhalter, die 90 v. O. oder mehr ihres Milchlieferjolls liefern, die Preisprämie erhalten sollen, ohne Rücksicht darauf, ob die Gesamtgemeinde 90 Proz. oder weniger geliefert hat. Den Kommunalarbänden wurde gestattet, den Verbraucherpreis für Vollmilch selbst festzusetzen. Die Preisfestsetzungen der städtischen und der ländlichen Kommunalarbände bedürfen der Genehmigung durch die Landesfettstelle. Um die Verbraucherpreise für Vollmilch nicht allein hoch werden zu lassen, wurden die Magermilchpreise um ein Geringes erhöht. Entsprechend den Milchpremierten mußten auch die für Lieferungen von Tafelbutter über das Lieferjoll hinaus vorgesehenen Zuschläge von 10 % auf 25 % für je ein Pfund erhöht werden. Auch die Festsetzung des Verbraucherpreises für Butter und Butterfett soll künftig den Kommunalarbänden überlassen werden, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Landesfettstelle.

Es ist natürlich klar, daß die Milchlieferung nun um keinen Viertelster besser wird. Auch die Prämien für die bisher mit ihrer Milchabgabe zurückhaltenden Bauern nützt nichts mehr. Der Hamster- und Schlechtchandelpreis für Milch beträgt eine Mark und darüber und diese Preise schweben den Bauern vor, daher ihre Zurückhaltung. Es wird eben schließlich als letztes Mittel nur ein übrig bleiben, wie bei den Kartoffeln: die Reichswehr gegen die Bauern und die Hamster.

Die Kurse zur Ausbildung von Lehrern für die Fortbildungsschule läßt das Unterrichtsministerium in der Zeit vom 17. November bis 20. Dezember im Hauptgebäude der Techn. Hochschule abhalten. Täglich sollen vormittags 3—4 Stunden Unterricht in den drei Fächern gegeben werden, denen nachmittags Vorträge, Redungen und Ausflüge folgen sollen. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Unterkunft der Kursteilnehmer, sowie im Hinblick auf Heizungs- und Beleuchtungsbedürfnisse werden vorerst nur solche Lehrer berufen, denen es möglich ist, täglich nach Karlsruhe zu gelangen und am Abend nach Hause zurückzukehren. Ganze Arbeit heißt es, wenn den Teilnehmern zur Verarbeitung des Gehörten und Gesehenen bis 18. Januar Urlaub gewährt wird. — Der Sinn der Fortbildungsschule, der „Mittelschule“ des werktätigen Volkes, kennnt, wird diese Maßnahme nur begrüßen und wünschen, daß die Arbeit für unsere heranreifende Jugend gegenstandslos werden möge.

Zur Beschaffungszulage schreibt ein Lehrer vom Lande: Die Beamten und Lehrer aus dem Lande und auch die in den kleineren Städten sind von der neuen Beschaffungszulage durch das ungerechte Massenstimm sehr geschädigt. So bekommt z. B. ein Unterlehrer vom Lande mit 8 oder 10 Dienstjahren 50 % weniger als das neugeborene Kind eines Hauptlehrers in Karlsruhe; ein Hauptlehrer auf dem Lande, Klasse 4, bekommt soviel wie das halbjährige Stabkind. Wie ungerecht ein solches Verfahren ist, soll an einigen Beispielen klar gelegt werden. Der 30jährige Land-Unterlehrer, der 5 Jahre im Felde war, ist fern von der Verwendung als Stablehrer; eine Kerze von zweifelhafter Beschaffenheit kostet 1 M. und ist seine einzige Beleuchtung; ein Essen in der Wirtschaft des Nachbarn kostet denselben horrenden Preis wie in der Stadt; eine warme Stube hat er nicht, da auf dem Lande überhaupt keine Kohlen verteilt werden; es bleibt ihm nichts übrig, als seine Abendstunden im Wirtschaftshaus zuzubringen, wo wenigstens Licht und Wärme vorhanden ist. Und für all das erhält er die Hälfte von dem, was sein Kollege in der Stadt erhält, der die Mühsalen eines Landaufenthaltes im Winter noch nie gekostet hat.

Der Hauptlehrer mit 40 Dienstjahren bekommt 200 M., also wie schon erwähnt, gerade soviel wie das Kind seines Kollegen in der Stadt. Ein Kind des Landlehrers bekommt 150 M., das Kind des Stablehrers 200 M. Die Stabkinder sind am Ort der Bildungsaufstellen; die Landkinder müssen erst einen gefährlichen Marsch und nach einer kleineren oder größeren Reise machen bis sie an den Bildungsaufstellen ankommen, müssen auswärts essen und kommen abends spät müd und hungrig nach Hause; dafür werden sie um 50 M. belohnt! Wer verleiht das? Na

auf! Freue dich, Land, mit deinen Wogen des Kornes, mit deinen blinkenden Enten! Freuet euch, ihr Männer, freuet euch, ihr Weiber! Ihr Kinder des großen Polen, freuet euch!

„Gott!“ sagte die kleine Maronka und neigte das Ohr nach der Ehre.

„Was hörst du? Hörstest du etwas?“ Der Alte lautete begierig.

Von ferne war ein Rollen gekommen — schon Klang es näher und rasch immer näher. War es das Rollen eines heronagenden Wagens auf hartem Wea? Oder grollte die Tiefe des Berges oder mahnte ein Donner mitten aus heiterer Luft?

„Gott geht durch seinen Himmel,“ jaudzte der Alte, „und die in der Tiefe sind, hören seinen Tritt. Er hat eine Kugel herunterfallen lassen, die hat unsern Feind getroffen. Die Stunde ist da!“

„Aber er war kein Feind!“ sprach Maronka traurig. „Er war ein guter Herr, er war ein gnädiger Herr. Er war Freund von arme Maronka. Wird ihn vergessen nicht die kleine Maronka!“

Und die kleine Maronka neigte ihr kindliches Haupt auf den Toten und weinte über ihn

(Fortsetzung folgt)

Literatur.

„Der freie Lehrer“, Organ der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands, Nr. 16 ist erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Dr. W. Weiser: Verfassung und Lehrerschaft und der Artikel von Dr. E. Witel: Sozialdemokratie und Christentum, der wertvolle Material für den Kampf um diese vielumstrittenen Fragen bringt. Außerdem erhält das Heft die Fortsetzung der Gedanken über die Einheitschule von Direktor Richter-Gemuth und eine Würdigung der Tagung der „entschiedenen Schulreformer“. Zur Frage: Der Lehrer als Gemeinbediensteter wird ein neuer Kommentar des Kultusministers Gen. Gaemlich veröffentlicht. Die Berichte über den Fortgang der Lehrerbewegung zeigen, daß man die Notwendigkeit eines geforderten Zusammenschlusses aller fest auf dem Boden unserer Partei stehenden Lehrer immer mehr anerkennt.

meine, bei der Aufstellung der neuen Säße hätte man unbedingt die Schematisierung vermeiden müssen; die Landlehrer empfinden die nunmehrige Regelung als bittere Ungerechtigkeit und Härte.

Nur immer langsam voran. In einer kurzen Notiz in unserer Nr. 261 vom 12. November kritisierten wir das Verhalten der Unterrichtsverwaltung, die bis zum 11. November die Anweisungslisten für die Beschaffungsbüchse ihrer „Untergebenen“ noch nicht der Landeshaupthaus zugestellt hätte. In der „Karlstr. Ztg.“ glaubt nun die verehrliche Unterrichtsverwaltung unsern Vorwurf als eine leichfertige Behauptung bezeichnen zu müssen, die jeglicher Begründung entbehre. Es wird mitgeteilt, daß die vom Finanzministerium bestellten Vorzüge erst am 8. November 1919 nachmittags geliefert wurden und daß infolgedessen mit der Bearbeitung dieser Anweisungen erst am 4. November begonnen werden konnte, daß etwa 3000 Einzelanweisungen im Entwurf und Reinschrift für rund 7000 Beamte und Lehrer anzufertigen waren usw. usw. — Warum es bei anderen Staatsverwaltungen schon möglich war, die Aufgaben oder wenigstens einen Teil derselben, früher auszuführen, läßt die Unterrichtsverwaltung nicht auf, denn dort war die Arbeit doch sicher genau so groß. Wahrscheinlich gab es aber dort keine „Entwürfe und Reinschriften“!

### Untersuchungs-Ausschuß. Bethmann und Helfferich.

22. B. Berlin, 17. Nov. Der Anbruch zu der heutigen Sitzung war sehr stark. Auch Staatssekretär Dr. Helfferich war wieder erschienen. Bei Eröffnung der Sitzung verlas der Vorsitzende Bethmann eine Erklärung, in der er auf die Wichtigkeit der Untersuchungsausschüsse hinwies und den Charakter einer parlamentarischen Enquete-Kommission habe und daß alle Mitglieder des Ausschusses ebenso über alle Zeugen sich in ihren Aussagen aller Verantwortlichkeiten enthalten haben. Staatssekretär Dr. Helfferich, der einen Einpruch gleich zu Beginn der heutigen Sitzung bekannt zu geben wünschte, fügte sich dem Vorschlag des Vorsitzenden, diese Erklärung zu Protokoll zu geben. Er bittet, daß der Hauptausdruck dazu Stellung nimmt.

In der fortgesetzten Vernehmung führte Dr. Helfferich aus, daß nach Ablehnung des Friedensantrages und Scheiterns der Friedensaktion Wilsons der II. Weltkrieg auch nach seiner Meinung zu einer unbefriedigbaren Notwendigkeit geworden war. Nicht nur einmal, sondern wohl ein Dutzendmal habe er im Reichstag der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß der uneingeschränkte II. Weltkrieg Deutschland den Krieg mit Amerika bringen werde. Der Reichstag sei also nicht irreführt worden. Dr. David bestreitet, daß das letzte Telegramm Bernstorffs der Sitzung vom 31. Januar 1917 vorgelesen habe. Es sei damals nicht erklärt worden, daß der Krieg mit Amerika unvermeidlich sei.

Sothein erinnert sich ebenfalls nicht, daß das Telegramm Bernstorffs in jener Sitzung mitgeteilt wurde, aber der Reichstag war ja damals nicht mehr imstande, an der Entscheidung irgend etwas zu ändern.

b. Bethmann Hollweg: Die Situation, welche Graf Bernstorff schilderte, wurde durch unser Telegramm vom 30. insofern verändert, als wir dem Präsidenten ein sehr gemäßigtes Friedensprogramm mitteilten und erklärten, daß wir den II. Weltkrieg sofort aufheben würden, wenn wir die Sicherheit hätten, annehmbare Friedensbedingungen zu bekommen.

Auf die Frage Dr. Singheimers, warum das letzte Mittel des II. Weltkrieges eingesetzt habe und warum nicht durch eine Erklärung über Belgien eine letzte Friedenskarte ausgespielt wurde, erwiderte

b. Bethmann Hollweg, eine solche Erklärung in demselben Augenblick, wo die Entente und Friedensbedingungen stellte, die eine Verhinderung Deutschlands darstellten, wäre politisch unklar gewesen. Dr. Helfferich erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß Präsident Wilson diese Mitteilung als höchst wertvoll hingenommen habe. Trotzdem sei darauf die Senatsratschaft vom 22. Januar erfolgt. Ueberwies habe damals der ganze Reichstag mit Ausnahme der Unionisten eine Erklärung auf völlige Wiederherstellung Belgiens bekanntlich abgegeben.

Am Schluß der heutigen Vormittagssitzung äußerte sich Bernstorff darüber, daß Präsident Wilson und die amerikanische Öffentlichkeit Deutschland nicht freundlich gesinnt waren, und daß seines Erachtens nur die Möglichkeit bestand, die Vereinigten Staaten aus dem Kriege herauszulassen, indem man ihre Vermittlung annehme. Hätten wir, jagte der Vorkämpfer, dies getan, so hätte Präsident Wilson den Krieg gegen uns nicht eröffnen können, selbst wenn er ihn gewollt hätte. b. Bethmann Hollweg hält die Aussage des Grafen Bernstorff für ausschlaggebende Bedeutung. Präsident Wilson konnte den Krieg gegen Deutschland nicht vermeiden, wenn er den Frieden vermitteln wollte. Rückschauend kann man es ja jetzt so hinstellen, daß es besser gewesen wäre, uns in die Hand von Wilson zu begeben, obwohl nach seiner Meinung auch der Eintritt Amerikas in den Krieg es nicht notwendig gemacht hätte, daß wir zum Frieden von Versailles kamen. Wer wenn wir uns danach in Wilsons Hand begeben hätten, so hätten wir uns in die Gewalt eines Mannes begeben, der uns nach der Aussage des Grafen Bernstorff nicht freundlich gesinnt war. Wenn wir Wilson als Schwermächter annehmen, mußten wir jede von ihm uns auferlegte Bedingung annehmen. Eine Ablehnung hätte bedeutet, eine Erneuerung des Krieges mit der Entente und den Krieg mit Amerika.

b. Bethmann Hollweg kommt in längeren Ausführungen zu dem Schluß, daß die Geheimhaltung unserer Schritte in Washington lediglich eine Förderung der Wilsonschen Friedensaktion, die Geheimhaltung des II. Weltkriegesbeschlusses lediglich Fernhaltung aller Schädigungen von diesem Kriegsmittel im Auge gehabt habe. Trotz der Erkenntnis von der Bedeutung des II. Weltkrieges gegenüber Amerika sei eine korpulente Reichstagsmehrheit Anhängerin des II. Weltkrieges gewesen, weil dieser von der Obersten Seeresleitung als nötig gehalten wurde. In dieser Hinsicht konnten namentlich diejenigen politischen Faktoren nicht rütteln, die mit besonderem Nachdruck das Prinzip vertreten müssen, die Mehrheit der Volkvertretung habe dem Gang der Dinge zuzustimmen. Reichsminister Dr. David gegenüber bewies von Bethmann Hollweg darauf, daß es ein öffentliches Geheimnis der ganzen Welt war, daß der II. Weltkrieg den Krieg mit Amerika nach sich ziehen würde. Dafür war aber das deutsche Volk nicht zu haben. Wäre Präsident Wilson mit seinem Verlangen und seinem politischen Willen bereit gewesen, der Welt unter höheren Gesichtspunkten den Frieden wieder zu geben, was hinderte ihn daran, unser Telegramm vom 30. Januar wenigstens zu beantworten? Hätte er sofort geantwortet, so hätte der rücksichtslose II. Weltkrieg vielleicht in zwei bis drei Tagen abgebrochen werden können.

Darauf bezog die Haus die Sitzung auf nachmittags 1/2 5 Uhr.

In seiner zu Protokoll gegebenen Erklärung erbat Dr. Helfferich gegen seine Verurteilung zu 300 Mk. Strafe Einpruch und ließ, daß die Anwendung der Vorschriften der Strafprozessordnung über den Zeugniszwang als unzulässig zu betrachten sei, dagegen erwiderte er es als eine innerenmäßige Untertugend der Strafprozessordnung, daß den als Ausführenden geladenen Mitgliedern der früheren kaiserlichen Regierung das

Recht der Ablehnung von Mitgliedern des Ausschusses zugebilligt werde. Die Ausübung dieses Rechtes behalte er sich vor.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung äußerte sich Staatssekretär Dr. Helfferich zu den wirtschaftlichen Fragen dahin, daß angesichts der schlechten Ernteerwartungen vom Jahre 1916 er den Eindruck habe, daß eine schwere Gefährdung der Ernährung Englands vorhanden war. Die Weltkarte war ungenügend. Englands Ernte ungenügend und in den Vereinigten Staaten und Kanada war sie geradezu katastrophal. England sahle an die Vereinigten Staaten fortreibende Preise; aber die Zufuhr ging ständig zurück. Das Einzige, was ich im Zusammenhang hiermit im Ausschuß gesagt haben kann, war die Hoffnung, England friedensbereit zu machen. Ich betrachtete speziell die Situation in der Nahrungsmittelversorgung Englands im Januar viel günstiger für den II. Weltkrieg als je zu einem anderen Zeitpunkt des Jahres. Trotzdem habe ich mich gegen den II. Weltkrieg zum 1. Februar ausgesprochen.

Als Abg. Dr. Cohn von Dr. Helfferich die Beantwortung der Frage erbat, ob von England Reis eingeführt wurde und der Vorsitzende Sothein sich diese Frage zu eigen machte, entgegnete Dr. Helfferich: Ich werde dem Vorstehenden auf diese Frage antworten.

In diese Bemerkung knüpfte sich eine längere Auseinandersetzung zwischen Dr. Cohn, dem Vorsitzenden und Dr. Helfferich. Der Abg. Warmuth hielt es für nötig, jetzt die Erklärung Dr. Helfferichs zu Beginn der heutigen Vormittagssitzung zu verlesen, worauf der Ausschuß um 5/4 Uhr sich zur Beschlußfassung darüber zurückzog. Nach etwa einundvierzig Beratungen verles der Vorsitzende als Beschluß des Ausschusses: Der Antrag des Abg. Warmuth, dem Einpruch Dr. Helfferichs gegen den Strafbeschuß vom Samstag zu verlesen, ist mit vier gegen zwei Stimmen bei Stimmenthaltung des Abg. Dr. Cohn abgelehnt und Staatssekretär Dr. Helfferich wegen wiederholter Seignisverweigerung wieder in die höchst zulässige Strafe von 300 Mk. zu setzen. Eine Auseinandersetzung über diesen Beschluß ist unzulässig; doch hat Dr. Helfferich des Einpruchsrecht.

Dr. Helfferich: Die Wirkungen des II. Weltkrieges waren so stark, daß nach einigen Monaten ganz bestimmte Symptome von Friedensgenugigkeit bei den Feinden vorhanden waren. Diese Friedensgenugigkeit ist aber durch Dinge zerstört worden, über die ich jetzt nicht sprechen will. Die Annahme ist falsch, daß England nicht ganz erheblich durch den II. Weltkrieg für seine Ernährung gelitten hätte.

von Bethmann Hollweg wies darauf hin, daß der Admiralstab bei seinen Berechnungen nie davon gesprochen habe, England auf die Arnie zu zwingen. Er hat am 2. Jan. in seiner Denkschrift lediglich die Garantie übernommen, daß England friedensbereit werden soll. Ich für meine Person, fuhr von Bethmann Hollweg fort, habe weder am 9. Januar noch sonst in mir diese sichere Erwartung geäußert, daß wir durch den II. Weltkrieg England zum Frieden bringen würden. Ich bin nicht enttäuscht gewesen, als dies Resultat ausblieb. Als Beweis, was der II. Weltkrieg für uns leisten konnte, habe ich angegeben, daß er in England Gedanken dafür hervorgerufen würde, ob einem fortgeschrittenen Kontrahenten nicht eine Verhandlung über den Frieden vorzuziehen sei, auf den sich England und seine Verbündeten einlassen können. — Auf den Hinweis Dr. Säudings, daß man in Dellerreich-Ungarn zuerst gegen den II. Weltkrieg gemeint sei und erst nachgegeben habe, als von Holstenoff erklärt habe, England werde sicher zum Frieden gezwungen werden, erklärte Dr. Zimmermann, daß von Holstenoff zwar für den II. Weltkrieg eingetreten sei und erklärt habe: Wir werden England so weit bekommen, daß es auf den Frieden eingeht. Noch lebhafter als von Holstenoff trat Admiral Sautz für den II. Weltkrieg ein. Auch General von Hindenburg war für den II. Weltkrieg, wegen Graf Fisa Bedenken äußerte. Damit ist die Vernehmung Dr. Helfferichs beendet.

Morgen werden Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff vernommen werden.

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

#### Landwirtschaftskammer und Brauindustrie.

Unter dem Vorsitz der badischen Landwirtschaftskammer wurde vor kurzem eine badische Landesgenossenschaft aufgestellt zur Förderung Brauindustrie gegründet, für die in nächster Zeit im Bau von Brauereien eine rege Aktivität einzusetzen soll. Gegen diesen Plan veröffentlichte nur die „Karlstr. Zeitung“ die nachfolgende zutreffende Zuschrift aus Ueberlingen:

In einer Zeit, wo auch in rein ländlichen Bezirken ein empfindlicher Mangel an Milch, Butter, Fett und Eiern herrscht, sogar kaum zu bekommen sind, da sollen die Landwirte bearbeitet werden, um möglichst viel Brauereierzeugnisse und die badische Landwirtschaftskammer gibt ihren Segen dazu. Ueberall herrscht großer Zudrang, der nach der Regierungserklärung auf den verminderten Anbau von Zudrängen zurückzuführen ist. Hat man dafür wohl Brauereierzeugnisse oder Tabak gepflanzt? Der Betrieb unserer Landwirtschaft sollte doch heute vollständig auf die Erzeugung von möglichst viel Nahrungsmitteln zugeschnitten werden, um unserem entkräfteten Volke und besonders den armen weichen notleidenden Frauen und Kindern endlich wieder aufzuhelfen.

Wir können uns diesen Ausführungen nur anschließen und hoffen außerdem, daß das kommende Landwirtschaftskammergesetz dieser eine Zusammenfassung gibt, die die Intimität von Landwirtschaftskammer und Brauindustrie etwas verringert.

### Gewerkschaftliches.

Zum Streik der Angestellten der Metallindustrie in Mannheim. Der Streik dauert noch weiter an. Die Angestellten wären, wie in einer von ihnen abgegebenen Verammlung mitgeteilt wurde, bereit gewesen, die Arbeit am gestrigen Montag wieder aufzunehmen und die Entscheidung über den Tarif einem neuen Schiedsgericht zu überlassen. Dies scheiterte jedoch an der Weigerung der Arbeitgeber, die Streitfrage zu beghafen. Die Angestellten beharrten auf dieser Forderung.

### Gemeindepolitik.

#### Die neue Gemeindeordnung.

Der Zentralverband der Gemeindebeamten in Baden hat die in der Umgebung von Karlsruhe wohnenden Vorstandsmitglieder sowie einige Abgeordnete sämtlicher Fraktionen, die zum Teil Mitglieder des Zentralverbandes sind, und die Vertreter der Gemeindearbeiter nach Karlsruhe zu einer Besprechung des Entwurfs der neuen Gemeindeordnung eingeladen. Insbesondere war unter anderem auch ein Vertreter der mittleren Städte. Den Vorsitz führte Herr Landtagsabgeordneter Biedemann, Puchhof. Nach einem Referat des Verbandsleiters Meier, Karlsruhe, und nach einer ausgiebigen Debatte wurde der Entwurf als geeignete Unterlage anerkannt, auf der sich die rechtlichen Verhältnisse der Gemeinden aufbauen lassen können. Wünsche und Anträge wurden ostentlich bezüglich der Einteilung der Städte und des Gemeindebeamtenrechts. Es wird gewünscht, daß die Unterschiede in den Städten beseitigt

werden, und daß in dem Verhältnis zwischen den Gemeinden und ihren Arbeitnehmern, soweit es sich um kleinere Gemeinden handelt, zentrale Schlichtungsausschüsse, bei größeren Gemeinden und Städten lokale Schlichtungsausschüsse angelegt werden. Auch wurde die Frage erörtern, ob es sich empfiehlt, das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden dadurch zu heben, daß die Selbstverwaltungsbehörden nach preußischem Muster eingeführt werden. Eine angemessene Vertretung der Amtsvorstände im Gemeinderat wurde seitens der Redner beantragt und von den Mitgliedern des Zentralverbandes gutgeheißen. Die Verhandlungen waren noch unverbändlich, da wegen der Personenverkehrsperre die Organisationen noch nicht getagt haben. Es kam der Wunsch zum Ausdruck, daß alle Interessenten, also auch der Badische Städtetag, sich auf einer gemeinsamen Linie finden müssen, und daß in der dritten Lesung, zu der nur Vertreter des Zentralverbandes der Gemeindebeamten herangezogen werden sollen, eine Einigung mit der Regierung erzielt wird.

### Eingefandt.

#### Offener Brief an die badische Volksregierung.

Die Zeit ist gekommen, wo das Maß dessen, was sich badische Landesväter von preußischen Beamten gefallen lassen müssen, bald voll ist. Unter dem preußischen Militärjoch hat das badische Volk bis zum Uebermaß gelitten, nicht nur in der Kriegszeit, auch im blutigen Ringen des Weltkrieges haben badische Vorkämpfer die Macht der Preußen schmerzlich empfunden, auch durch Schlägen und Drohungen seitens preußischer Herren Vorkämpfer. Man hat den badischen Truppen verzeuherlich Feigheit vorgeworfen, wenn sie sich nicht in jeden gefährlichen Schlamassel hineinziehen ließen, aus dem es gewöhnlich kein Zurückkommen mehr gab. Der Wadner war ansehnend begünstigt. Trotz Revolution wird mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln, deren Herrschaft Berlin zu sein scheint, versucht, die Beamten, Zivilangestellten und Arbeiter badischer Abstammung zu drücken und zu schikanieren; unsere badische Heimat soll von preußischen Militärbeamten beherrscht werden, deren schneidiges Ansehen bereits jammernselig ist.

Im Versorgungsamt Karlsruhe, das hauptsächlich Zivilbeamte aus dem kaufmännischen Stande, die in ihrem Beruf z. B. keine Unterstufen finden können, beschäftigt haben sich diese genötigt gesehen, zur Selbsthilfe zu greifen, in dem immer und immer wieder versucht wurde, ihnen preußische Militärbeamte und preußische Militärbeamter vor die Nase zu setzen. Ich für meine Person, fuhr von Bethmann Hollweg fort, habe weder am 9. Januar noch sonst in mir diese sichere Erwartung geäußert, daß wir durch den II. Weltkrieg England zum Frieden bringen würden. Ich bin nicht enttäuscht gewesen, als dies Resultat ausblieb. Als Beweis, was der II. Weltkrieg für uns leisten konnte, habe ich angegeben, daß er in England Gedanken dafür hervorgerufen würde, ob einem fortgeschrittenen Kontrahenten nicht eine Verhandlung über den Frieden vorzuziehen sei, auf den sich England und seine Verbündeten einlassen können. — Auf den Hinweis Dr. Säudings, daß man in Dellerreich-Ungarn zuerst gegen den II. Weltkrieg gemeint sei und erst nachgegeben habe, als von Holstenoff erklärt habe, England werde sicher zum Frieden gezwungen werden, erklärte Dr. Zimmermann, daß von Holstenoff zwar für den II. Weltkrieg eingetreten sei und erklärt habe: Wir werden England so weit bekommen, daß es auf den Frieden eingeht. Noch lebhafter als von Holstenoff trat Admiral Sautz für den II. Weltkrieg ein. Auch General von Hindenburg war für den II. Weltkrieg, wegen Graf Fisa Bedenken äußerte. Damit ist die Vernehmung Dr. Helfferichs beendet.

Morgen werden Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff vernommen werden.

Die Ausschaltung von Beschaffungszulagen an bedingte und verbeiratete Zivilangestellte, die längst verjährt ist, wird an manchen Stellen von preußischen Beamten hintertrieben, die Beschwerden der Zivilangestellten bei der Abw.-Anstalt 14. A. N. einfach abgewiesen. Ebenso stand es mit der 10 Prozentigen Dienstalterszulage, bis die Angestellten-Organisationen ganz energisch eingriffen.

Beim Abw.-Amt des Generalkommandos 14. A. N. werden allerhand Personen, natürlich meist preußische Militärbeamter, eingestellt, ohne daß der Angestellten-Ausschuß gefragt wird.

Beim Reichsverpflegungsamt Karlsruhe werden badische Angestellte hinter dem Rücken des Vertrauensmannes infolge Antrages eines preußischen Beamten zum Kündigung auf 1. Januar 1920 gemeldet, der Vertrauensmann infolge seines Eintretens für die badischen Zivilangestellten planmäßig schlichtet, hauptsächlich auch seitens eines aktiven preußischen Militärbeamten aus Straßburg.

In den neuesten Verordnungsblättern von Berlin wimmelt es von Nachfragen und offenen Rufen für Militäranwärter, die Zivilangestellten dagegen sollen 14tägig wegen Prüfung ihres Entlassungstermins gemeldet werden. Der preußischen Schiebung ist somit Tür und Tor geöffnet, den badischen Zivilangestellten will man so schnell wie möglich auf die Straße setzen und das im eigenen Heimatland.

Sollen wir wieder die alten Zustände bekommen, wo der Wadner bitten und betteln mußte, um sein gutes Recht, um schließlich mit nichtsagenden Bediensteten von preußischen Behörden abgeimpft zu werden? Sollen wir inoffiziell zu einer preußischen Probung werden, sollen wir Wadner ganz unter preußische Beamtenherrschaft kommen?

Wir erheben Protest gegen diese Verpreuung Badens. Baden den Wadner sei die Lösung. Der Beweis, daß Beamte und Zivilangestellte badischer Abstammung ihren Kollegen aus Preußen, einisch, der Tausenden ungelerneten preußischen Militäranwärtern in ihren Leistungen und in ihrer Pünktlichkeit nicht ebenbürtig sind, muß erst erbracht werden. Einzelschwere badische Persönlichkeiten sind sich längst darüber klar.

Die badische Volksregierung wird dringend ersucht, mit allen Mitteln, die zu Gebote stehen, in Berlin dahin zu wirken, daß den badischen Landesväter Recht und Gerechtigkeit zuteil wird, daß sämtliche Dienststellen innerhalb Badens in erster Linie mit fähigen badischem Personal besetzt werden, wie dies in der badischen Verfassung dem badischen Volk garantiert ist. Ueber Verordnungsangelegenheiten soll bei der Regierung in Baden und nicht in Berlin verhandelt werden. Jeglicher Verpreuung ist als gegen die badische Verfassung verstoßend, zu begehren. Wir hoffen, daß die badische Regierung unseren Aufbruch und auf Abhilfe drängt.

Zur Aufnahme des bedenklich stark partikularistisch gehaltenen „Eingefandt“ haben wir uns deswillen entschlossen, weil bei uns die Klagen über angebliche oder wirkliche Zurücksetzung von Wadner zugunsten preußischer Staatsangehöriger sich häufen. Die offenbar vorhandene Mißbilligung frist weiter, durch die Aufnahme des „Eingefandt“ soll auch eine Klärung erreicht werden. (Redaktion des „Volkstreuend“.)

### Aus dem Lande.

#### Durlach.

Disfussionsabend. Heute abend um 7 Uhr findet wieder eine Zusammenkunft statt. Die Genossen und Genossinnen werden gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Das Lokal ist der „Goldene Löwe“.

17. Nov. Vor wenigen Tagen wurde ein aus dem besetzten Gebiet kommendes Lastauto von einem Volkswachtmann angehalten und seine verdächtige Kofferlade...

Freiburg, 17. Nov. Wegen umfangreicher Milchfälschungen wurde der Landwirt Adolf Sutter aus Buchheim vom Schöffengericht zu 100 M Geldstrafe und 10 Tagen Gefängnis verurteilt.

Freiburg, 15. Nov. Ein harter Winter, wegen Milchfälschung wiederholt vorbeistrater Milchpantier, Adolf Sutter aus Buchheim, noch der nach Freiburg abzuführenden Milch täglich acht Liter Wasser zu...

15. Nov. Heute wurde die elektrische Straßenbahn über die Schweizerischen Landesbahnen in Betrieb genommen. Mit dem Bau der 2 1/2 Kilometer langen Strecke wurde im Frühjahr 1914 begonnen...

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 18. November.

Sonnenlos.

Als sie Kinder waren, spielten sie in Gassen zwischen Häuserwänden, grau und fahl. Selten nur umschmeigte ihre blauen Wangen ein verzerrter Sonnenstrahl.

Als sich später Vorsch und Mädchen fanden, War das Haus vor ihnen Stellwände. Und die Gasse hielt in festen Händen Sie gefesselt — jenseit vom Sonnenschein...

Mann und Weib im Joch der Arbeit stampfen Zur Fabrik die Gassensteine müd. Wenn im Sommer heiß die Steine dampften, Wenn im Winter Schneehelme erblickt —

Wach die Gasse schritten sie ins Leben, Durch die Gasse man ins Grab sie trug! — Sonnenlos im Hoffen und im Streben Lieben, das ist Großstadtgasenfluch!...

Nationale Laubbüchereien.

Wie uns mitgeteilt wird, soll es zurzeit abends im Café Odeon etwas merkwürdiger zugehen. Die Kapelle spielt „Deutschland über alles“ und sonstige patriotische Lieder aus der wilhelminischen Zeit...

Seit er fragt es sich, ob man diesen Kanthagen ruhig gewähren lassen soll, der anscheinend Lust hat, die geschwinden Begeisterung für die alte wilhelminische Herrlichkeit...

Entschädigung der Arbeiter bei vorübergehenden Betriebsstörungen infolge Strommangels.

Bei den Verhandlungen, die am Samstag, den 8. ds. Mts., zwischen dem Arbeitgeberverband der Industrie des Handelskammerbezirks Karlsruhe und der Vertretung der Arbeiter stattfanden...

Parteiversammlung. Wir verweisen hiermit nochmals auf die morgen Mittwoch, abends 7 Uhr im „Auerbach“ stattfindende Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins...

Kinderjugendkommission. Mittwoch, 19. Nov., abends 7 1/2 Uhr, Schützenstraße 10: Sitzung des Engeren Ausschusses.

Verein Arbeiterjugend Karlsruhe. Heute, Dienstag abends 7 Uhr findet unter Leitung von Genosin Scherzbi wiederum ein Nächtliches statt...

Entschädigung der Auslandsdeutschen. Die Bearbeitung der Entschädigungsanträge der Auslandsdeutschen wurde dem Reich dem Bund der Auslandsdeutschen, Felix v. B. G., Gütlichenerstraße 97-103, (Patentamt) übertragen.

Für den Bezirk Karlsruhe ist für Vorstehendes die diesige Ortsgruppe des Bundes der Auslandsdeutschen, Jägerstraße 100, Zimmer 15, zuständig.

Der Volksliederabend des Sängerbund „Vorwärts“ hatte am Sonntag nachmittag zahlreiche Anhänger und Freunde des Volksliedes in den kleinen Saal der Festhalle gezogen. Das Programm bestand aus Chören, Doppelquartett und den Soloeinlagen von Fräulein Schulin; für glückliche Abrechnung war also gesorgt.

Der Arbeitergesangverein „Sängerbund“ Ruppurr veranstaltete am vergangenen Sonntag in seinem Vereinslokal zum Gedenken an Konze, anlässlich der Gedächtnisfeier der aus Gefangenenschaft zurückgekehrten Soldaten...

Die städtischen Beamten und die neue Gemeindeordnung. Am Freitag, den 14. ds. Mts., beriet der Vorstand des Beamtenvereins über die neue Gemeindeordnung. Es wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, dass eine Befristung mit der in den nächsten Jahren erzielt werden möchte...

Verammlung des Verbandes des deutschen Verkehrsvereins. Am „Gefanten“ hier fand vergangenes Samstag eine große Versammlung der Beamten des Verbandes des deutschen Verkehrsvereins statt.

Diebstahl. In der Nacht vom 16. auf 17. November 1919 wurde ein verschlossener Koffer in Rühlheim entwendet und ein trübseliges Kind im Wert von 2500 M von unbekanntem Täter entführt.

Wegen Verstoßes gegen die Polizeiverordnung wurde die Ehefrau des Wehrmeisters Wilhelm Borch hier, Wilhelmstr. 16 zur Anzeige, weil sie sich für 1 Pfund Rindfleisch 3 Mark bezahlen ließ...

Wegen Verstoßes gegen die Polizeiverordnung gelangt der Händler Oswald Meißner, Arienstr. 8a zur Anzeige, weil er sich für 1 Pfund Rindfleisch 3 Mark anstatt 2 50 M bezahlen ließ.

Landestheater. In der neuen Oper „Die Kauensteiner Hochzeit“ von Hermann Wolfson von Walter Bauerningen (Erich Sajj) und Helmut Neugebauer die tragenden Hauptrollen...

Religionskulturbüro. Die Vorträge haben wieder begonnen und finden zur gewöhnlichen Zeit statt. Die heimgeliebten Kriegsgefangenen beschäftigen, wie in verschiedenen Lagern in England bereits besprochen, eine Besprechung eines Wagners ihrer berechtigten Interessen abzuhalten.

Religionskulturbüro. Von Mittwoch bis einschließlich Freitag spielen neue Programme. Als erste 80 wird „Morphium“ vorgeführt, einen Film, der als gediegene Leistung von Kunst und unter Szenenführung anzusehen ist.

Wasserratung des Reichs. Schusterstraße 88, gef. 3; Reich 198, gef. 3; Ragan 300, gef. 5; Rannheim 245, gef. 24 Zentimeter.

Letzte Nachrichten.

Freinabe des Mobiliars betriebener Deutscher.

BIA Karlsruhe, 18. Nov. Die französische Regierung hat sich aufgrund von Verhandlungen, die in den letzten Tagen zwischen deutschen und französischen Vertretern hier stattfanden, bereit erklärt, das gesamte deutsche Mobiliar in Elsaß, Lothringen freizugeben.

Die Bedeutung des deutsch-französischen Übereinkommens wegen Freinabe des Mobiliars in Elsaß-Lothringen läßt sich, wie Berliner Blätter sagen, am besten dadurch messen, daß die Zahl der bisher aus Elsaß-Lothringen ausgewiesenen unter Zurücklassung ihrer gesamten Habe verlassenen wurden.

Neue Erfolge der Bucherabwehr. Wie aus Aachen gemeldet wird, hat die dortige Bucherabwehrstelle in den letzten Tagen wieder gründliche durchgreifende Arbeit geleistet. Es ist ihr gelungen, riesige Mengen wertvoller Waren, die durch den Schleichhandel verschoben werden sollten, rechtzeitig zu beschlagnahmen...

Die neuen Vorgänge im Baltikum. Berlin, 18. Nov. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ hört, ist die Unterstellung von Estland unter den Befehl des Generals von Eberhard unter gleichzeitiger Verhängung der Verbotskommission, die seinen programmatisch von Kowno nach Tiflis zurückgeführt ist, erfolgt.

Die Unterstellung von Estland unter den Befehl des Generals v. Eberhard ist ein militärischer Akt für unzulässig, weil die Letzen ein Bündnis mit den Bolschewiken geschlossen hätten und mit starken Kräften gegen Litau vorgehen...

Mehr Brot statt Kartoffeln. Berlin, 18. Nov. Privattelegramm. Eine Maßnahme des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft durch die Vorratserhaltung von Getreide an Stelle der fehlenden Kartoffeln eine höhere Brotquote zur Verteilung kommen.

Kommunistenverhaftungen in Leipzig. Leipzig, 18. Nov. Die Aufhebung der Kommunistenzentrale in Leipzig erfolgte im Anschluß an das erfolgte Attentat auf den Leiter der Technischen Hochschule...

Übergriffe der Letzten. Memel, 18. Nov. Wie das Memeler Dampfboot meldet, überfiel am 18. Nov. eine lettische Bande von etwa 30 Mann in der Nähe von Rukau einen von Dorjann nach Rukau fahrenden Kleinbahnzug...

Die österreichischen Christlich-Sozialen. Wien, 18. Nov. Der christlich-sozialen Partei verliert das Programm der Wiener christlich-sozialen Partei, welches die Umbildung Oesterreichs in einen Bundesstaat mit Wien als Hauptstadt und Sitz der Bundesbehörden fordert...

Briefkasten der Redaktion. A. Garafianlagarett. Daß sich die Verwaltung noch keiner Kohlenkauf hat aufschwinden können und die Patienten die Kohlen mit den Händen auflesen müssen, ist allerdings mehr wie sonderbar.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Politische Politik Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Reichstagen Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vertical text on the right edge of the page, including page number 'Fr.' and various fragments of text from the adjacent page.

Verordnung über die Enteignung und vorläufige Sicherstellung von Betriebsstoffen.

Auf Grund der die wirtschaftliche Demobilisierung betreffenden Befugnisse wird nach Maßgabe des Erlasses, betreffend Auflösung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung...

- 1. Kohlenzule, einschließlich der benzolhaltigen Vorzerzeugnisse der Gasanstalten;
2. Leuchtöle aus der Steinkohlen- und Braunkohlenzerdeffillation;
3. die bei der weiteren Aufarbeitung dieser Kohlenzule...

Infrüchtlich deren gegen die Weichlagnahme, Höchstpreis, Verteilungsbeschränkungen und sonstigen einschlägigen Bestimmungen...

Die Enteignung erfolgt durch schriftliche Anordnung, die an den Eigentümer oder den Inhaber des Gewerkschafts zu richten ist.

Der von der Anordnung Betroffene ist verpflichtet, die Gegenstände ordnungsgemäß zu verwahren und sie herauszugeben...

Der von dem neuen Eigentümer zu zahlende Übernahmepreis darf den zur Zeit der Enteignung geltenden geringsten Höchstpreis nicht übersteigen.

Besteht Grund zu der Annahme, daß bei den im § 1 genannten Stoffen die Voraussetzungen für eine Enteignung nach § 1 vorliegen...

Die die vorläufige Sicherstellung betreffenden Anordnungen der Beauftragten treten außer Kraft, wenn nicht binnen vier Wochen die Enteignung der übergebenen Gegenstände durch die Betriebsstoffabteilung...

Soweit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verhängt sind, wird mit Geldstrafe bis zu einhunderttausend Mark bestraft.

Diese Verordnung tritt am 27. August 1919 in Kraft.

Der Reichswirtschaftsminister: Schmidt

Vorstehende Verordnung bringen wir zur öffentlichen Kenntnis. Karlsruhe, den 13. November 1919.

Sozialdem. Partei Raftatt. Morgen Donnerstag, den 21. November 1919, abends 7 1/2 Uhr...

Partei-Verammlung. Alle Mitglieder werden um pünktliches Erscheinen gebeten.

Rheumatismus. Gebe kostenfrei Auskunft, wie Sie in 8-10 Tagen davon befreit werden.

N. J. Homburger, Kaiserstr. 50, Tel. 152.

Aufträge für Weihnachten in großen Porträts und Vergrößerungen

erbitet wegen kurzer Arbeitszeit. Lichtsperr- und Kohlennot recht frühzeitig Photo-Atelier Rembrandt

Karl-Friedrichstraße 32. Neue sidddeutsche Vergrößerungs-Anstalt (gegr. 1908). Tel. 2831.

Residenz-Lichtspiele

Ab Mittwoch! Die Sensation des Tages! Morphium.

Ein Meisterwerk der Filmkunst in sechs Akten nach den Aufzeichnungen eines Morphimisten. Inszeniert von: Julius Urgiß u. Max Jungk.

Glänzende Kritiken in den Tages- und Fachzeitungen, so schreibt der Film zur Uraufführung in den Alfa-Lichtspielen. Morphium, nach den Aufzeichnungen eines Morphimisten...

(Som 8. November 1919).

Höchstpreise für Schweinefleisch betr.

In Abänderung von Ziffer 5 unserer Bekanntmachung vom 25. Juni 1919, Höchstpreise für Fleisch, Würst und sonstige Fleischwaren betr.

1. Sofern nicht vom Kommunalverband in Anwendung der Bestimmungen unter Ziffer II der eingangs genannten Bekanntmachung andere Preisätze festgesetzt werden...

- a) für alle Stücke mit Knochenbeinabe, die einschließlich der eingewachsenen Knochenstücke 20 vom Hundert des Fleischgewichts nicht übersteigen darf... 2.00
b) für ausgebeinte Stücke ohne Knochenbeinabe... 3.10
c) für gefolienes (geputztes) Fleisch... 2.80
d) für geräucherter Fleisch... 3.20
e) für frisches (ro es) Schweinefleisch... 3.10
f) für ausgeflossenes Schweinefleisch... 3.70
g) für frisches Speck... 3.40
h) für gekochten Speck... 3.80
i) für geräucherten Speck... 3.80
j) für Schinken, roh im Ganzen... 4.50
k) für Schinken, roh im Aufschnitt (ohne Schwarte)... 4.80

2. Die Fleischverarbeitungsstelle ist ermächtigt, für das Fleisch von Schweinen, die auf Grund von Maßnahmen...

Ministerium des Innern. Karlsruhe, den 12. November 1919.

Branntwein-Monopol.

Anmeldung der freigelegten Betriebe. Es wird bekannt gemacht, daß alle Personen und Betriebe, die gewerbsmäßig Trinksorntwein herstellen...

Karlsruhe, den 12. November 1919. Hauptsteueramt.

Briefmarken-Sammlung

kleine oder mittlere Briefmarken-Sammlung zu kaufen gesucht.

Gefl. Angebote unter Nr. 8064 an das Volksfreundbüro.

Angebotsverfahren.

Frau Emma Luise Seitz geb. Seitz in Liebolsheim, Angartenstraße 5 hat mit Zustimmung ihres Ehemannes, des Landwirts Wilhelm August Seitz I....

Der Inhaber des genannten Buches wird hiermit aufgefordert, solches binnen eines Monats, von der erfolgten Einreichung an gerechnet, bei der unterzeichneten Stelle vorzulegen...

Karlsruhe, 15. Nov. 1919. Städt. Zentralamt.

Häuser

mit und ohne Geschäfte sowie Liegenenschaften aller Art zu verkaufen durch das Liegenchaftsbüro.

M. Bujam, Karlsruhe, Herrenstr. 33.

Selle

läuft zu höchsten Tagespreisen

M. Kleinberger, Karlsruhe, Schwabenstr. 11.

Ich kaufe

fortwährend zu höchsten Preisen, Kleider, Hüte, Formen, Schuhe u. Wäsche jeder Art.

S. Ugelrad, Eisenwerkstraße 32.

Abgabe von Brennholz im Hardwald zur Selbstaufbereitung.

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 17. vorigen Monats wird hiermit bestimmt, daß die Inhaber nachverzeichneter Gelaubnisheime sich jeweils früh 8 Uhr einzufinden haben und zwar:

Table with 2 columns: 1. Bei Fortwärt Geh. Nr. 001/850 am 21. d. Mts. 2. Bei Fortwärt Borel Nr. 1541/1580 am 31. d. Mts.

Table with 2 columns: 3. bei Fortwärt Kinder. Nr. 2801/2840 am 21. d. M.

Die genaue Einhaltung der den Scheinen aufgedruckten Bestimmungen wird bei Vermeidung von Strafe oder Ausweisung aus dem Walde dringend empfohlen.

Karlsruhe, den 17. November 1919. Forstamt Karlsruhe-Nord.

Kragen - Wäscherei - Schorpp

liefert in 8 Tagen Stärke-Wäsche

Annahmestellen: Karlsruhe: Ludwig-Wilhelmstr. 5, Kaiserstr. 34 u. 243, Gerwigstr. 46, Amalienstr. 15, Waldstr. 64, Wilhelmstr. 32, Augustastr. 18, Schillerstr. 18, Kaiserstr. 87, Gabelsbergerstr. 1, Rheinstr. 18.

Durlach: Hauptstr. 15.

Lotterie u. Bankgeschäft sucht jungen Mann od. Fräulein mit Kontorarbeiten vertraut.

Götz, Gebelstraße 11-15.

Schneider

für erstklassige Arbeit sucht für dauernd Hans Leyendecker, Kaiserstraße 161.

Mädchen

für die Küche per sofort gesucht. Drei gute Milchziegen sind billig zu verkaufen.

Wolfshund entlaufen

mit Lederhalsband und Schild „Darras“. Abzugeben gegen Belohnung.

Bettmatten

kein Bettmatten mehr. Vers. Medika la

Wolfsbündel

mit Lederhalsband und Schild „Darras“. Abzugeben gegen Belohnung.

Bettmatten

kein Bettmatten mehr. Vers. Medika la

Wolfsbündel

mit Lederhalsband und Schild „Darras“. Abzugeben gegen Belohnung.

